

vielen Dank für Ihre Anfrage.

- Vorab einige Gedanken zu den Positionen 1.4.110. und 1.4.120.
Die Leistungen 1.4.110. und 1.4.120. sind nicht ausschreibungsfähig - vom Grunde her rechtswidrig. Der Gesetzgeber erlaubt mir in meiner Funktion als *Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur (ÖbVI)* keine Abgabe von freien Angeboten bei Katastervermessungen.

Antragsberechtigung

Diese Leistungen sind von der ausschreibenden Stelle zwar weitestgehend richtig beschreiben, allerdings sind diese Leistungen durch einen ÖbVI -nur auf Antrag- vorzunehmen.

Antragsberechtigt sind nur die Eigentümer, oder in diesem Falle die Behörden im Umfang ihrer Aufgabenwahrnehmung.

Gebühren

Die tatsächlichen Gebühren stehen erst nach der Amtshandlung fest. Also nach erfolgter Vermessung und der Bekanntgabe von Verwaltungsakten.

Vertraglich darf ich mich durch Abgabe eines Angebotes keineswegs an Sie binden.

Forderungen aus dem Leistungsverzeichnis kann ich nicht nachkommen. Beispielsweise *„Die Punkte sind in der Örtlichkeit deutlich zu kennzeichnen und gegen unbeabsichtigte Beschädigungen zu sichern“*

Dies wäre ein Punkt den man als weitere Honorarleistung erbringen könnte. Diese Vorgehensweise ist aber weder wirtschaftlich sinnvoll, noch rechtlich notwendig. Für das amtliche Sichern von Grenzpunkten ist für uns die Verwaltungsvorschrift für Katastervermessungen und Abmarkungen (VwVKvA) anzuwenden.

- Der Satz in der Ordnungszahl 1.4.120. ist äußerst bedenklich, wenn nicht gar rechtswidrig.
 - *Die Leistung wird vom AG nur bezahlt, wenn die Grenzmarken innerhalb der Baufeldfläche liegen und eine einfache Sicherung nicht möglich ist, Ausführung auf besondere Anweisung des AG.*

Der ÖbVI kann vor der beantragten Vermessung nicht feststellen, ob ein Grenzpunkt tatsächlich im Baufeld liegt oder nicht. Dies kann oftmals nur durch Berechnung der Grenzpunktlagen in einer rechnerischen (vorbereitenden) Grenzwiederherstellung erfolgen. Dazu muss die Sicherung des Punktes aber mindestens beantragt sein. Die Kosten für diese rechnerische Grenzwiederherstellung soll der ÖbVI tragen?

- Punkt 2: *„Ausführung auf besondere Anweisung des AG.“* Nach Antragseingang ist der AG nicht mehr weisungsbefugt. Der ÖbVI führt seine Tätigkeit nach dem Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetz (SächsVermKatG), der dazugehörigen Durchführungsverordnung (SächsVermKatGDVO) und der VwVKvA unparteiisch aus.

Bitte teilen Sie diese Sachverhalte der ausschreibenden Stelle mit.